

Pressemitteilung

IZW übergibt dringende energiepolitische Empfehlungen zur Schadensbegrenzung der laufenden Deindustrialisierung

Der deutschen Industrie fehlt das Lebenselixier Energie. Längst überfällig: Es bedarf eiligst neuer Wege und Abkehr von der ideologischen Energie- und Wirtschaftspolitik.

Memmingen, 23. November 2024

Es gibt bis heute kein zukunftsfähiges, konsistentes und ganzheitliches Konzept für die Wirtschafts- und Energiepolitik.

Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands muss neben der Klimaneutralität insbesondere Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit erreicht werden.

Die Energiepolitik ist noch immer ausschließlich davon beseelt, durch erneuerbare Energien weltweit als leuchtendes Vorbild zu wirken. Sie scheitert an

- der Zunahme von Redispatch-Eingriffen im Netz, um Blackouts zu verhindern, von unter 10 im Jahr 2000 auf über 15.000 im Jahr 2023.
- ausufernden Infrastrukturkosten für Netzbau, Speichern und einen Backup-Kraftwerkspark.
- der Klimaneutralität: Wir haben nach Polen die zweitschlechteste CO₂-Bilanz bei der Energieerzeugung Europas trotz anderslautender Versprechen.

Die drei Probleme werden primär durch die ungelöste Frage der klimaneutralen Grundlastversorgung, der Speicherung überschüssigen Stroms und dem schleppenden Netzausbau hervorgerufen und resultieren in einen klimaschädlichen Ausgleich durch Gas- und Kohlekraftwerke.

Die Lage ist ernst, denn es läuft bereits eine Deindustrialisierung unserer Industrienation.

Dies ist direkte Folge

- hoher, stark volatiler, unkalkulierbarer Preise, die wetterabhängig sind sowie
- rasant steigender Netzkosten und

dies bei zunehmender Sorge um Versorgungssicherheit. Die Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW) warnt seit langem davor. Die öffentliche Warnung vor „drohendem Stress im Stromnetz“ von Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur, unterstreicht die verheerenden negativen Folgen der fehlgeleiteten deutschen Energiepolitik. Im Ergebnis ist dies ein Offenbarungseid, so Andrea Thoma-Böck, Präsidentin der IZW.

Handlungsempfehlungen

Das Expertenteam der IZW Transformation Energie, vertreten durch Dr. Bernhard Leidinger, hat am 22.11.24 Jens Spahn konkrete Handlungsempfehlungen zu folgenden Themenbereichen übergeben: wetterabhängige Stromerzeugung (Wind/PV), Kohle und Gas, Kernenergie, Wasserstoff, Netzeinspeisung, Stromimport und Digitalisierung.

Es bedarf dringend einer realistischen Überprüfung der mengenmäßigen Bedarfsprognosen unter Berücksichtigung der Verdrängung fossiler Energieträger durch elektrische Energie, was zu einer Korrektur der Gesamtbedarfsprognose führen muss. Der oftmals beschworene Verzicht energieintensiver Industrien bedarf einer weitergehenden ganzheitlichen Analyse, denn sie hat massive Nebenwirkungen.

Keinen Aufschub duldet die Entscheidung über die Kraftwerkstrategie. Die Abschaltung der Kohle bis 2030 ist angesichts der bedrohlichen Versorgungslage bereits in weite Ferne gerückt. Zur Sicherung der Versorgungssicherheit können weitere Kraftwerke so lange nicht vom Netz genommen werden.

Vor allem der Mittelstand benötigt sofort planbare zukunftsichere Rahmenbedingungen, insbesondere bezahlbare Energie, eine Befreiung von den Belastungen der überbordenden Bürokratie, beginnend mit einem Moratorium, Steuersenkungen, Fachkräftemangel etc.

Zur Erreichung der Dekarbonisierungsziele sind folgende Weichenstellungen erforderlich:

- Es muss ein physikalisch begründbarer, technologieoffener Strommix aus den verschiedenen Primärenergieträgern zugelassen werden, der für die geografische Situation Deutschlands und die Positionierung als Industrienation geeignet ist.
- Die im Jahr 2000 eingeführte Anschubförderung für PV- und Windkraftwerke muss nach einem Vierteljahrhundert endlich aufgegeben werden. Die Gelder müssen in die Digitalisierung der Stromversorgung geleitet werden. Nur darüber kann Nutzen für die Plan- und Steuerbarkeit des Betriebs bestehender Anlagen sowie ein Erkenntnisgewinn für die Planung neuer Anlagen gewonnen werden.
- Es müssen vertraglich gesicherte Importe für klimaneutralen, bezahlbaren Strom aus dem Ausland geschaffen werden.

Die Zeit drängt für Entscheidungen im Energiebereich, denn die Umsetzung wird unvermeidlich viel Zeit brauchen. Der Industrie bleibt jedoch kaum noch Zeit. „Die negativen Folgen der fehlgeleiteten Energie- und Wirtschaftspolitik sind bereits massiv spürbar und müssen die kommende Bundestagswahl maßgeblich prägen, so Andrea Thoma-Böck. Nur wer hier Lösungen bietet, kann sich selbst regierungsfähig nennen. Die IZW unterstützt gerne.

Hinweis: Ausführliche Empfehlungen zu den genannten Kernbereichen entnehmen Sie bitte den beigefügten IZW-Positionspapieren und auf <https://www.zukunft-wirtschaft.de/presse>.

Ein kurzes Porträt der IZW finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die **Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW)**

Die Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. versteht sich als **bundesweite Initiative**. Wir engagieren uns für eine zukunftssichere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und für den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Der **Mittelstand** mit seinen über 3 Millionen Unternehmen ist das Rückgrat der deutschen **Wirtschaft** und unserer Gesellschaft. Leider leiden die mittelständischen Unternehmen massiv unter den verschlechterten Rahmenbedingungen, die die **Zukunftsfähigkeit** des Standorts Deutschland bereits ernsthaft geschädigt haben und weiter schädigen.

Deshalb haben wir im November 2023 die **Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW)** gegründet. Wir als IZW verstehen uns als überparteiliche, branchenübergreifende Aktions-Plattform: www.zukunft-wirtschaft.de.

Für IZW arbeitet ein Team von Experten und Expertinnen aus den verschiedenen Bereichen des Energiemarktes, die sich nicht nur kritisch äußern, sondern auch und vor allem konstruktiv Lösungen unterbreiten.

Wir als IZW wollen einen konstruktiven Dialog mit der Politik, den Betrieben und der Bevölkerung – für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Und wir wollen ihn **JETZT!**

Aufklärung über die außer Kontrolle geratenen Rahmenbedingungen ist dabei ein entscheidender Faktor, um die Öffentlichkeit besser zu informieren und den Handlungsdruck auf die politischen Entscheider zu erhöhen. Einen weiteren Aufschub können wir uns nicht leisten! Die realen Auswirkungen der aktuellen Politik dürfen nicht länger verschwiegen oder beschönigt werden.

Es ist Zeit zu handeln, damit unsere Wirtschaft in Deutschland noch eine Zukunft hat!

Medienkontakt:

Andrea Thoma-Böck,
Unternehmerin und Präsidentin der
Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V.
Telefon: 01622 886935

E-Mail: presse@zukunft-wirtschaft.de

Weitere Information und Bildmaterial finden Sie unter: www.zukunft-wirtschaft.de/presse

Vorstellung des Fachausschusses Energietransformation der Initiative Zukunft Wirtschaft e.V. (IZW)

IZW

Der Initiative Zukunft Wirtschaft e.V. (nachfolgend IZW) wurde von Frau Andrea Thoma-Böck im November 2023 mit dem Ziel gegründet, sich über einen öffentlichen Dialog für eine starke Wirtschaft und bessere Standortbedingungen in Deutschland einzusetzen.

- IZW agiert als überparteiliche Kraft im politischen Diskurs.
- Die finanzielle Unabhängigkeit garantiert objektive Expertise.
- IZW setzt sich für die Stärkung Deutschlands als zukunftsfähigen und global wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort ein.
- Der Fokus des IZW liegt auf der Förderung unternehmerischen Denkens, der Stärkung des Mittelstands und der Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für Innovation und Wachstum.
- IZW engagiert sich für effiziente Verwaltungsprozesse und beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- IZW setzt sich für eine verlässliche Wirtschaftspolitik ein, die langfristige Planungssicherheit und unternehmerische Freiheit gewährleistet.
- Mit fundierter Analyse identifiziert IZW Herausforderungen und entwickelt praxisnahe Lösungsansätze, die die Interessen der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, berücksichtigen.

Für die Arbeit im IZW wurden verschiedene Fachausschüsse eingerichtet. Nachfolgend wird der Fachausschuss Energietransformation vorgestellt.

Fachausschuss Energietransformation

Der Fachausschuss Energietransformation des IZW besteht aus einer Gruppe von Fachexperten, die sich mit der aktuellen Energietransformation befasst. Dieses mehr als 10-köpfige Team besteht aus Fachexperten zu den Bereichen Erzeugung, Transport, Verteilung, Vertrieb und Marktbewertung, die partiübergreifend tätig sind. Die Mitglieder des Teams verfügen über jeweils Jahrzehnte an Berufserfahrungen auf dem jeweiligen Gebiet.

Mit den publizierten Gedanken und Konzepten möchte IZW die Politik erreichen – und zwar, bevor das jeweilige Wahlprogramm steht – und somit sicherstellen, dass die Entscheider innerhalb der Parteien wissen, was im physikalischen Rahmen nach den Kriterien von MINT, Ökonomie und Ökologie möglich und sinnvoll ist.

- IZW unterstützt den Aufbau einer holistischen klimaneutralen Energie- und Wärmeversorgung mit Fachexpertise.
- Das Ziel von IZW ist eine ausgewogene Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Klimaschutz in Einklang bringt.
- IZW bietet Unternehmen strategische Orientierung und konkrete Handlungsempfehlungen zur Energiepolitik, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Mitglieder des Fachausschusses Energietransformation

Der Fachausschuss Energietransformation des IZW verfügt über folgende Mitglieder:

- Markus Ahorner, Essen (Ahorner Innovators)
- Dr.-Ing. Daniel Bleich, Ratingen (Berater)
- Hermann Doppler, Freiberg am Neckar (früher Daimler Truck)
- Prof. Dr. Manuel Frondel, Heidelberg (RWI – Leibniz Institute for Economic Research)
- Dr. David Thomas Heider, München (Freistaat Bayern)
- Dr.-Ing. Frank Hillmann, Hannover (früher HDI Global SE)
- Prof. Dr. Karsten Kilian, Würzburg-Schweinfurt (Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt)
- Dr. Robert Koch, Höchstadt/Aisch (früher Framatome)
- Dr.-Ing. Bernhard Leidinger, Mülheim an der Ruhr (leidinger.technology, früher Siemens, RWE und EADS)
- Frank Oesterwind, Mülheim an der Ruhr (enerson-Gruppe)
- Mustafa Sahin, Dinslaken (Ayyo Energie)
- Herbert Saurugg, MSc, Wien (Internationaler Blackout und Krisenvorsorgeexperte, selbstständig)
- Andreas Suranyi, Zürich (En-Services, früher ABB)
- Dr. Marco Wehr, Tübingen (Philosophisches Labor)

Kontakt

Andrea Thoma-Böck, Präsidentin
Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V.
In der Neuen Welt 8, 87700 Memmingen
Mail: info@zukunft-wirtschaft.de
Website: www.zukunft-wirtschaft.de

Energiepolitische Empfehlungen der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V

Anforderungen

Die Energiepolitik ist bis zum heutigen Tage von idealistischen Vorstellungen geprägt. Es gibt kein bündiges Gesamtkonzept und keinen konsistenten Wirtschaftsplan.

Um Deutschlands Energieversorgung langfristig zu sichern, müssen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimaneutralität abgesichert werden. Hierzu sind folgende Schritte erforderlich:

Schritt 1: Realistische Überprüfung der **quantitativen** Bedarfsprognosen unter Berücksichtigung der Verdrängung fossiler Energieträger durch elektrische Energie.

Schritt 2: Überprüfung der **qualitativen** Anforderungen hinsichtlich der zeitlichen Bereitstellung von Energie (Volatilität):

- Ausloten der Spielräume bei der zeitlichen Anpassung der Verbräuche an die Verfügbarkeit von Energie und damit der Ausgestaltbarkeit möglicher Lastdynamisierungen.
- Ableitung der Dimensionierung der zwingend notwendigen, steuerbaren Erzeugungskapazitäten.

Internationale Vergleiche

Die Energiepolitik ist noch davon beseelt, weltweit als leuchtendes Vorbild zu wirken. Sie scheitert:

- an der Versorgungssicherheit: Zunahme von Redispatch-Eingriffen im Netz, um Blackouts zu verhindern. Von unter 10 im Jahr 2000 auf über 15.000 im Jahr 2023.
- an den Kosten: ausufernde Infrastrukturkosten für Netzausbau und geplante Speicher.
- an der Klimaneutralität: nach Polen die zweitschlechteste CO₂-Bilanz bei der Energieerzeugung Europas

Diese Probleme werden insbesondere durch die ungelöste Frage der klimaneutralen Grundlastversorgung, Speicherung sowie der schleppende Netzausbau resultieren in Kompensation durch Gas- und Kohlekraft hervorgerufen.

Ein Abgleich mit erfolgreichen Lösungen im Ausland kann hilfreich sein, für Deutschland geeignete Stoßrichtungen und deren Begrenzungen zu erkennen. Diese Orientierung an den Besten sollte unter Berücksichtigung der jeweiligen geografischen Voraussetzungen regelmäßig wiederholt werden:

- Vergleich mit Ländern, wie Norwegen, Österreich und der Schweiz, in denen die Wasserkraft eine zentrale Rolle spielt und Ableitung des Wasserkraft-Potenzials für Deutschland.
- Vergleich mit Ländern wie Brasilien, Finnland, Schweden, Spanien und Portugal, die Biomasse in großem Stil verfügbar haben, und Ableitung des Potentials der Biomasseproduktion in Deutschland.
- Überprüfung, ob es weltweit eine Industrienation gibt, die erfolgreich mehr Anteil an PV-Strom oder Windstrom im Strommix hat, als Deutschland.

Handlungsoption Kernenergie

Der Zug für die Kernenergie in Deutschland scheint abgefahren zu sein. Europa droht hinaus den Anschluss zu verlieren, was sich in Zeit- und Kostenüberschreitungen jüngster Projekte widerspiegelt. Aktuelle Projekte, beispielsweise zur Erforschung und dem Bau von SMR (Small Modular Reactors) werden von der EU gefördert (European Industrial Alliance on SMRs), nutzen teilweise deutsche Technologien, werden jedoch im politischen Tagesgeschäft in Deutschland ignoriert.

Auch große Kraftwerke werden weltweit erfolgreich umgesetzt. Das Koreanische Unternehmen Kepco hat in Barakah bei Abu Dhabi von 2012 bis 2024 erfolgreich vier Blöcke à 1.400 MW errichtet und in Betrieb genommen, die heute als besonders wirtschaftlich gelten und jährlich 22 Mio. t CO₂ einsparen. Neue Anlagen wie diese standardisierten Kraftwerke oder kleine modulare Reaktoren vom Typ SMR werden in Deutschland innerhalb der kommenden Jahre mutmaßlich nicht genehmigt werden können. Die Betreiber der letzten sechs deutschen Kernkraftwerke werden kein Interesse haben, ihre Bestandsanlagen wieder ans Netz zu bringen. Ein Konsortium von Investoren könnte jedoch in der Lage sein, die sechs letzten Kernkraftwerke betriebsbereit zu machen.

Eine große Barriere für die weitere Nutzung der Kernenergie ist das 2013 Kraft getretene Endlager-suchgesetz, welches es unmöglich macht, einen Standort zu finden. Die Schweizer haben 500 m von der deutschen Grenze entfernt in „Nördlich Lägern“ einen Standort für ein Tiefenlager identifiziert, bei dem Granitgestein genutzt werden soll. 5 km nördlich davon könnte der deutsche Endlagerstandort liegen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat diese Region bereits ausgeschlossen. Dies ist zu hinterfragen.

Zeitgleich können Dual-Fluid-Reaktoren, eine deutsche Technologie, radioaktive Abfälle nutzen, die Strahlungsbelastung und so die Endlagerungsproblematik zeitlich erheblich reduzieren. Hierbei handelt es sich nicht um eine Fantasie, sondern ein gangbares Konzept, wie erste Projekte in Afrika erfolgreich zeigen.

Handlungsoption Wetterabhängige Erzeugung (Wind/ PV)

In Frankreich funktioniert das Zusammenspiel von 30% wetterabhängiger Erzeugung mit 70% steuerbarer Erzeugung. In Deutschland möchte man es umgekehrt machen. Das erfordert große Anstrengungen, die Volatilität der Erzeugung durch Speicher und Netzausbau zu kompensieren.

Neue volatil produzierende Anlagen sollten nur noch dann ins Netz einspeisen dürfen, wenn sie über eigene Speicher verfügen, die einer Kapazität eines zweistündigen Betriebs mit Nennleistung entsprechen (1 MW Windrad mit 2 MWh eigenem Batteriespeicher). So ließen sich insbesondere unplanbare, negative Einflüsse auf die Netzstabilität reduzieren.

Die bis heute in Form von direkten Förderungen oder garantierten Einspeisevergütungen erfolgende Anschubfinanzierung kann inzwischen vollständig aufgegeben werden. Neue PV- und Windkraftwerke sind ausgereift und marktgängig und sollten mit dynamischen Tarifen in den regulären Stromhandel eingebunden werden. Eine vorrangige Einspeisung kann bestehen bleiben. Die Vergütung sollte durch die jeweils aktuelle Preisfindung an der Börse vorgegeben werden.

Handlungsoption Kohle/ Gas

Carbon Capture and Storage sollte zur Minderung der CO₂-Emissionen für alle Kraftwerke, die fossile Energie einsetzen, zulässig gemacht werden – nicht nur für Gaskraftwerke. Ein Kapazitätsmarkt für flexibel steuerbare Energieerzeuger sollte die Versorger motivieren, eine Vorhaltung von Reserveerzeugung zu realisieren. CC-Anlagen können zeitgleich als dynamische Lasten bei einem Überangebot von EE-Leistung einen sinnvollen Beitrag zur CO₂-Neutralität bieten.

Handlungsoption Wasserstoff

Die Umwandlungsverluste der Herstellung von Wasserstoff und seiner anschließenden Verstromung sind so groß, dass eine stationäre energetische Nutzung nicht opportun erscheint. Eine Nutzung im Mobilitätsbereich ist für Fälle, bei denen eine Batterielösung ungeeignet ist, denkbar. Als technisches Gas zur Reduktion von Eisenerz oder zur Härtung von Margarine kann Wasserstoff ebenfalls genutzt werden.

Eine Erzeugung von Wasserstoff im Inland ist fraglich, so lange die Stromversorgung noch zu Teilen auf der Basis von fossilen Brennstoffen erfolgen muss. Die Erzeugung von Wasserstoff unter Einsatz von „Überschussstrom“ erfordert Elektrolyseure, die aufgrund des schwankenden Teillastbetriebs nicht wirtschaftlich arbeiten können. Zeitgleich ist der Großteil der heute verfügbaren Elektrolyseure technisch für so einen Teillastbetrieb mit extrem hohem Verschleiß nicht ausgelegt.

Einzige Ausnahme für eine wirtschaftliche elektrolytische Erzeugung von Wasserstoff im Inland sind die Standorte von Grundlastkraftwerken wie Müllverbrennungsanlagen, CCS-Kohlenkraftwerke und Kernkraftwerke (sofern wieder verfügbar).

Der Import von Wasserstoff aus fernen Regionen – ob pur, oder als Methanol oder Ammoniak – sollte im Falle des beabsichtigten energetischen Einsatzes mit einer Verlagerung der heimischen Produktion in die Länder, in denen der Wasserstoff wirtschaftlich mit regenerativen Energien hergestellt werden kann, verglichen werden, bevor ein Förderprogramm initiiert wird.

Handlungsoption Netzeinspeisung

Die bereits bestehenden PV- und Windkraftwerke werden ohne Abregelung betrieben, was so lange der Ausbau von Netzen und Speichern nicht erfolgt ist, zu negativen Strompreisen führt.

Es wurde bislang nicht geprüft, ob entweder ein weiterer Zubau, verbunden mit der Verpflichtung zur Abregelung bei Überschuss, oder aber die Erweiterung von Netztrassen und Speichern die wirtschaftlichere Lösung ist. Selbst wenn unerwarteterweise der weitere Zubau als gesamtwirtschaftlicher erscheint, muss bis zur Verfügbarkeit der Infrastruktur jeder Betreiber einer neuen Anlage für die Kosten aufkommen, die er durch seine Einspeisung verursacht.

Eine durch den Netzbetreiber durchgeführte dynamische Einspeiseregulation wäre ein einfacher, bezahlbarer Weg, diese Probleme zu lösen. Die Speicher würden dann auf den Standorten der Erzeugungseinheiten stehen und vom Betreiber der Erzeugungsanlage finanziert werden. Damit ließen sich die heute bereits rund 500 jährlichen Stunden mit negativen Strompreisen eindämmen.

Handlungsoption Stromimport

Der Handelsüberschuss von Strom mit unseren Nachbarn hat sich gedreht. Aus dem Stromexportland Deutschland ist ein Stromimportland geworden. Das ist grundsätzlich nicht negativ zu sehen, solange im Bedarfsfall tatsächlich Strom importiert werden kann. Unsere Nachbarn werden jedoch bei Engpässen durch Dunkelflauten lieber die eigene Bevölkerung vor Blackouts schützen wollen als uns. Unsere eigenen Kapazitäten, Dunkelflauten mit Erzeugung aus fossilen Energieträgern zu begegnen, sind stark und weiter zunehmend begrenzt. Andere Möglichkeiten haben wir jedoch nicht. So sind wir auf verfügbare Überschusskapazitäten und guten Willen im Ausland angewiesen. Zeitgleich sei auf die rechtlichen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der ENTSO-E verwiesen.

Aufgrund der fehlenden Akzeptanz innerhalb eines Teils der Bevölkerung bezüglich einer Wiedereinführung der Kernenergie muss darüber nachgedacht werden, wie Investoren motiviert werden können, im Ausland entsprechende Anlagen grenznah zu Deutschland zu errichten und die Grenzkuppelstellen sowie die Leitungen entsprechend anzupassen. Dies erfordert Verträge mit Investoren und Staaten. In Frage kommen Tschechien, Polen, Niederlande, Belgien, Frankreich und die Schweiz.

Handlungsoption Digitalisierung

Ohne weitreichende Digitalisierung ist keine der genannten Lösungen umsetzbar. Nur durch Steuerbarkeit aller Prozesse im Netz und in der Erzeugung in Abhängigkeit vom Verbrauch wird es möglich sein, eine zuverlässige nachhaltige wirtschaftliche Energieversorgung aufrecht zu erhalten. Hierhin müssen die Fördergelder gelenkt werden, denn der Nutzen durch die Digitalisierung entsteht zeitversetzt und übergeordnet, also nicht immer gleich da, wo die Investitionen getätigt werden müssen.

Dazu gehört der gegenüber unseren europäischen Nachbarn verzögerte Smart Meter Rollout gleichermaßen wie flankierende Maßnahmen zur Cybersicherheit. Die bis heute nicht gesetzlich festgelegten Anforderungen zur Regelung von Stromwechselrichtern (bei Wind & PV zwingend notwendig) sind eine offene Flanke der Netzstabilität. Die bisher verabschiedete „Roadmap Systemstabilität“ des BMWK unter Minister Habeck ist nicht nur hier wissenschafts- und realitätsfremd formuliert.

Fazit

Der Mittelstand benötigt dringend planbare Rahmenbedingungen, Befreiung von den Belastungen der Bürokratie und vor allem bezahlbare Energie. Zu letzterem Punkt ist zu sagen:

Unter Zustimmung zur Dekarbonisierung müssen nun die richtigen Weichenstellungen erfolgen. Dazu sollten

- ein physikalisch begründbarer technologieoffener Strommix aus den verschiedenen Primärenergieträgern zugelassen werden, der für die geografische Situation Deutschlands und die Positionierung als Industrienation geeignet ist,
- die bisherige Anschubförderung für PV- und Windkraftwerke aufgegeben werden und die Gelder in die Digitalisierung geleitet werden, worüber Nutzen für die Plan- und Steuerbarkeit des Betriebs bestehender Anlagen sowie ein Erkenntnisgewinn für die Planung neuer Anlagen gewonnen werden kann und
- vertraglich gesicherte Importe für klimaneutralen bezahlbaren Strom aus dem Ausland geschaffen werden.

Kontakt

Für den Verein Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V.

Andrea Thoma-Böck, Präsidentin
In der Neuen Welt 8, 87700 Memmingen
Mail: info@zukunft-wirtschaft.de
Website: www.zukunft-wirtschaft.de

Für den Ausschuss Energietransformation des Vereins Initiative Wirtschaft Deutschland e.V.

Dr.-Ing. Bernhard Leidinger, Vereidigter Sachverständiger IHK und Unternehmensberater
Hermannstraße 120, 45479 Mülheim an der Ruhr
Mobil: +49 152 3436 4517, Festnetz: +49 208 3018624
Mail: bernhard.leidinger@leidinger.technology
Websites: <https://www.leidinger.technology>, https://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_Leidinger



Foto Dr. Bernhard Leidinger (links) und MdB Jens Spahn CDU (rechts)